



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

344 (27.7.1932) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-369527](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-369527)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sommer-Nummer 249 51
Politik-Konto: Karlsruher Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remajelt Mannheim

Anzeigenpreise: Der Anzeigenpreis M. 1.40 die 10 mm breite Colonette; im Restemittel M. 1.00 die 70 mm breite Zeile. Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Abat nach Tarif. — Anzeigenabgabe 10%. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für besondere Aufträge treten Zuschläge. — Geschäftsamt Mannheim.

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 27. Juli 1932

143. Jahrgang — Nr. 344

Interessanter Briefwechsel Eugenbergs - Bayern

Deutschnationale Kritik an Lausanne und der Finanz-Notverordnung — Bayern kündigt Umbau der Notverordnungen und Finanzreform an

Eugenbergs Brief

Reidung des Volksbüros

— Berlin, 27. Juli.

Zwischen Dr. Eugenbergs und Reichskanzler u. Bayern hat ein Briefwechsel stattgefunden. Dr. Eugenbergs schrieb u. a.:
„Doch wir nicht parlamentarisch eingestellt sind, wissen Sie. Daran folgt schon, daß wir nicht den Wunsch haben, mit parlamentarischen Hilfsmitteln einen von der Autorität des Reichspräsidenten getragenen, sich vom bisherigen Regierungssystem abwendenden Kabinett Schmierigkeiten zu bereiten. Wir haben aber auf der anderen Seite eine Mitsprachemöglichkeit für die nationale Bewegung. Das ist der Grund der Kritik an zwei Maßnahmen Ihrer Regierung: Notverordnung vom 14. Juni und Abgleich des Vertrages von Lausanne.“

Die Fühlung mit den großen nationalen Strömungen im Lande war bei den kürzlichen Maßnahmen gegenüber der zu Unrecht weiter amtierenden preussischen Regierung durchaus vorhanden. Wir vertrauen auf eine folgerichtige Weiterführung des begonnenen Werkes. Anders liegt es mit den oben bezeichneten beiden Vorgängen.

Ich weiß, daß die Regierung Prüfung in einem Augenblick zurückgezogen ist, in dem die öffentlichen Reize leer und Deutschland bankrott war. Trotzdem können wir der Art nicht zustimmen, in der die Finanzfrage angefaßt ist. Wir können die Finanzmaßnahmen der Notverordnung vom 14. Juni nicht gutheißen.

Die Notverordnung enthält Härten, die bei vielen Betroffenen eine verheerende Lage erzeugen. Der erste sofortige Schritt zur Beseitigung unzulässiger Härten müßte die Aufhebung der preussischen Finanznotverordnung vom 8. Juni d. J. sein. Der jetzige Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni d. J. ist unzulässig, da damit zunächst keinerlei aufbauende Maßregeln verbunden waren.

Die dringendste Maßnahme ist eine grundsätzliche und jeden künstlichen finanziellen Eingriff in die Privatverhältnisse ausschließende Regelung der bestehenden Schulverhältnisse.

Mit einem sofortigen Vorgehen dieser Art wären auch die Gefahren größtenteils abgewendet, die mit den Erwerbissen von Lausanne verknüpft sind. Wir rechnen mit der Möglichkeit, daß es unabhängig von deutschen Vorschlägen zu keiner Realisierung kommen wird. Aber sowohl für den Fall der Realisierung wie der Nichtrealisierung würde eine Aufklärung und Inland umfassenbe autonome Schuldenregelung eine neue für Deutschland tragbare Grundlage schaffen.

Bayerns Antwort

In der Antwort des Reichskanzlers auf das Schreiben Eugenbergs heißt es u. a.:

„Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichskabinetts zur Sicherung der öffentlichen Haushalte und zur Erhaltung der Sozialversicherung eine schwere Belastung für das Reichskabinett in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellen müßten. Bei der Lage, die das Reichskabinett nach Übernahme der Regierung vorfand, war aber zunächst kein anderer Entschluß möglich.“

Erst nachdem die Reichsregierung in der andernäheren wie in der inneren Politik durch ihre bisherigen Handlungen die Miteinbeziehungen mit dem Völk der vorangegangenen Regierungen zu einem gewissen Maßstab gebracht hat, kann die Revision der Verträge beginnen. Sie wird darin bestehen müssen, daß dem bisherigen mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungswesen eine nach einem einheitlichen Finanz- und Wirtschaftssystem geordnete Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Härten zu beseitigen sein werden. Ganz in dem Sinne wird eine tief einschneidende Verwaltungs- und Finanzreform gehen müssen.

Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen Schulden eine wichtige Rolle spielen wird. Die Reichsregierung ist mit der Ausarbeitung aller dieser Fragen im engsten Kontakt und wird ihre Maßnahmen in den kommenden Wochen zur Ausführung bringen.

Köpfe vom Tage



Graf Manfred Grafing, Vizepräsident des Reichspräsidenten für die freie Stadt Danzig, soll Nachfolger des Reichspräsidenten in Berlin, Baron Carl-Darwin, werden.



Der deutsche General Runt wurde mit dem Oberbefehl über die Truppen Polens betraut. Derzeit der Grenzschutztruppe befehligt sich Helwin in erregter Kriegslage.



Johann Schöber, der frühere oberste Reichspräsident, ist schwer erkrankt, so daß seine Reichspräsidenten abgelehnt werden.

Wille und Weg

— Mannheim, 27. Juli.

Keine der schlaffen Reden und Kundgebungen, die in diesen Tagen den Wahlkampf auf das deutsche Volk herniederprasselten, kann sich hinsichtlich ihrer Bedeutung und des Interesses, das sie nicht nur bei allen deutschen Parteien, sondern weit über die Grenzen des Reiches hinaus findet, auch nur im entferntesten mit der seitigen Rundfunk-Kundgebung des Reichswehrministers General von Schleicher messen. Für Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes ist dieser Mann und sein Programm von ausschlaggebender und verdammt auch von richtungweisender und ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb muß es unter dem Gesichtspunkt jeder Partei erfreulich sein, daß dieser Mann, den man bisher immer den großen Schweizer genannt hatte, jetzt kurz vor einer Wahlkampfkundgebung von unabhäufiger Tragweite das Wort ergreift und damit wie mit einem Schwere alle Reden und Vorträge verdrängt hat, die sich bisher um seine Person und politischen Ansichten gebildet hatten.

Über seinen Mann in Deutschland ist in den letzten Monaten so viel geredet, geschrieben und geredet worden, wie über diesen General. Ihm adeln und der angeblich hinter ihm stehenden „Generalskomitee“ war der in seiner Persönlichkeit allgemein überraschende Einzug beinahe geschrieben worden. Doch er selbst hat nicht sofort an Erklärungs Stelle setzen ließ, hielt man nur für lange Zeit. Doch auch als Reichswehrminister der neuen Regierung erklärte er in ihm den wichtigsten Mann und den heimlichen Führer des Reichs. Noch sehr viele waren und sind noch der Ansicht, daß Bayern nur der Wahlgänger Schleibers ist und der General der Kabinettchef der nach den Wahlen neu zu bildenden Regierung sein wird. Nun plötzlich kommt dieser Mann, dessen Bedeutung man schwerlich überschätzen kann, ob man nun alles, was man von ihm sagt und wünscht, heißt und fürchtet, glauben mag oder nicht und durchbricht sein bisheriges Schweigen. Er läßt den Schleier der bisher über seinen Willen um seine Person und Absichten gemoben war. Mit erstaunlicher Frische und Klarheit, mit dem Soldatenwachen des Rates, der Entschlossenheit und Verantwortungsstrengigkeit, die er sich als Vertreter jeder deutschen Regierung wünscht, spricht Schleiber klar und klar über seinen Standpunkt und seine Pläne. Auch zu vielen aktuellen Gegenwartsfragen nimmt er Stellung. Und er tut das alles unter bewußtem Verzicht auf alle diplomatischen Winkelzüge und Spitzbübelereien, mit einer Offenheit und Ehrlichkeit, die allen Schülern Tadeln, der da meinte, daß die Sprache für die Diplomaten nur dazu da sei, um die Gedanken zu verbergen, vermutlich höchst bedenklich vorkommen wird. Doch General von Schleiber tut gut daran, denn schäbend haben wir so alle erlebt, wie weit wir mit den bisherigen Methoden und Leistungen der Geheimdiplomatie gekommen sind. Bei diesem Mann aber hat man sofort den Eindruck und die Überzeugung, daß alles was er sagt, aus christlichen deutschen Herzen kommt. Keiner darf sich das Recht anmaßen, ihn für einen Schwärmer oder Fehler zu halten.

Dieser Mann weiß genau, was er will. Selbstverständlich kann man in dieser oder jener Hinsicht anderer Meinung sein als er, aber die unbedingte Ehrlichkeit seines Willens und seiner Überzeugung darf diesem Manne niemand abstreifen. Auf das Wort müssen wir ihm glauben, wenn er im Hinblick auf die so allgemeines Aufsehen erregenden Vorgänge in Preußen und die militärischen Zwangsmaßnahmen gegen einige Minister und hohe Polizeibeamte erklärt, daß dem Soldaten nichts so unangenehm ist wie die Verwendung als Politiker und die Einmischung in die Politik. An anderer Stelle seiner Rede betont Schleiber noch einmal mit verstärktem Nachdruck, daß es „dem Soldaten auf die höchste Zahl 10, wenn er in die Politik hineingezogen wird.“

Vielleicht ist keine der vielen anderen Mittelungen des Generals so sehr wie diese geeignet, für unsere innerpolitische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft manches bisher so unheilvolle Dunkel aufzuhellen und der parteipolitischen Kollation der Parteien viel Wind aus den Segeln zu nehmen. Oder will es jemand

Schwere Vorwürfe gegen Kabinett Braun

Hat die preussische Regierung öffentliche Mittel zur Wahlpropaganda verwendet?

Druckbericht unseres Berliner Büros [Berlin, 27. Juli.]

Die für heute vorgesehene Sitzung des Reichskabinetts ist auf morgen verschoben worden. Die preussische Regierung, die am Abend gegen sieben Uhr eine Ministerialtagung abhält, wird noch eine Reihe von Veränderungen ihrer Komposition erfahren. Zudem dürfte man auch die neuen Vorwürfe der Eugenbergsblätter gegen die alte preussische Regierung nachprüfen.

Die Eugenbergsblätter behaupten, Anfang April 1932 habe eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums stattgefunden, in der der Beschluß gefaßt worden sei, den „Fond zur Bekämpfung des Verbrechenwuns“, der mit 200 000 M. besetzt war, im Staatsjahr 1932 auf zwei Millionen zu erhöhen. Gleichzeitig soll das Staatsministerium beschlossen haben, diese 2 Millionen für die preussischen Landtagswahlen vom 24. April zu verwenden. Man habe auch einen Schlüssel festgelegt, nach dem die zwei Millionen auf die drei preussischen Regierungsbezirke verteilt würden.

Es wird sich zeigen müssen, ob diese Vorwürfe Wahlfälschung sind oder begründete Anklagen. In Berliner politischen Kreisen nimmt man die Angriffe der Eugenbergsblätter sehr ernst.

Heute nachmittags um 4 Uhr werden außerdem die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats mit dem vom Kabinett verabschiedeten Entwurf über die Neuordnung des Reichsrats sich beschäftigen. Das Reich hat sich bereit erklärt, den Wünschen der Länder entsprechend

einen härteren Einfluß bei der Ernennung der Staatskommissare einzunehmen, die die Funktionen der örtlichen Ueberwachungsbehörden übernehmen werden. Der Einfluß des Reiches soll in der Hauptsache bei der Deutschen Welle festgelegt werden. Noch nicht gefaßt sind die Richtlinien, die für die Ueberwachungsbehörden der Reichslande maßgebend sein sollen. Hier werden die Ausschüsse bestimmte Vorschläge ausarbeiten, über die dann der Reichsratsrat und der Reichspräsident endgültig Entscheidung zu fällen haben.

Die Sitzung der Reichsratsausschüsse ist insofern nicht ohne Interesse, als zu ihr die neuernannten Reichsratsvertreter Preußens erscheinen. Bis zur endgültigen Entscheidung der Preussenschaft vor dem Staatsgerichtshof nimmt bekanntlich der Kanzler als Reichskommissar das Recht in Anspruch, die preussischen Reichsratsvertreter zu ernennen.

Die bisherigen preussischen Staatsminister betonen übrigens in ihrer gemeinsamen Erklärung zum Leipziger Spruch, daß in der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof die Reichsregierung keinen einzelnen Fall einer Pflichtverletzung der preussischen Staatsminister auch nur behauptet, geschweige denn beweisen habe. Die Reichsregierung hat sich geweigert, irgendwelches Material für die Gründe ihres einstig dargelegten Vorgehens zu geben. Die Abkehrung der preussischen Minister sei deshalb unzulässig, ungültig und ohne rechtliche Bedeutung.

Zollforderungen der Dominionen an England

Drängung auf Londoner Vertretern [London, 27. Juli.]

Die Konferenz von Ottawa ist in einem Stadium angelangt, das die kanadische Presse bereits kritisch nennt. Obwohl die beiden wichtigsten Teilnehmer, England und Kanada, noch nicht mit ihren Programmen hervorgetreten sind, haben die Beratungen doch schon harte Differenzen aufgeweckt.

England wehrt sich energisch gegen die Forderungen der Dominionen, hohe Zölle auf lebenswichtigen Rohstoffe einzuführen, um den Dominionen durch Vorkaufspreise den englischen Markt zu eröffnen. Fleisch, Butter und Holz haben zur Zeit im Mittelpunkt des Konflikts. Das England von solchen Konzessionen abzuhellen, ist vor allem die Rücksicht auf Argentinien, das etwa 10 M. d. der englischen Fleischimporte liefert und die kanadischen Händler, aus denen England bisher einen hohen Prozentsatz seiner Einfuhr an Butter und anderen Milchprodukten bezogen hat. Ebenfalls ist die englische Delegation bereit, auf die Forderungen der Reichsländer einzugehen, den Import aus Sowjetrußland abzusperren.

Hierin sehen die Reichsländer eine Chance, ihre Ausfuhr nach dem Mutterland zu erweitern. Auf der anderen Seite haben die Dominionen bisher recht geringfügige Angebote für die Förderung des englischen Exports gemacht. Kanadas Angebot läuft auf die Erhöhung der Zölle gegen die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten hinaus, d. h. auf den gleichen Grund, den die englische Regierung auf der vorigen Reichskonferenz als „Quibus“ abgelehnt hat. Die einzige Konzession letzteren gegenüber die kanadischen und australischen Getreideinteressen, die plötzlich mit der Erklärung hervorgetreten sind, daß sie sich von englischen Zöllen, von einer Einfuhrzölle für Weizen nichts verfordern. Infolgedessen ist die Weizenfrage, die in den Vorbesprechungen eine so große Rolle spielte, ursprünglich von der Tagesordnung der Konferenz verschwunden und dürfte auch kaum wieder auftauchen.

Kriegserklärung Bolivien an Paraguay?

— Buenos Aires, 27. Juli. Nach Meldungen aus La Paz will Bolivien Paraguay am 6. August den Krieg erklären. An diesem Tage werde die Mobilisierung der bolivianischen Armee beendet sein. Der Hauptteil der Armee sei bereits nach der Grenze unterwegs.

Adlerwerke vorm. Hch. Kleyer AG. Widerspruch in der GV.

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige 25. Generalversammlung der Adlerwerke vorm. Hch. Kleyer AG. ...

(Schluß) irgend ein Kredit unter Reichsgarantie ...

Rechnung der Reichsbank ...

Realisation der Spekulation

Kursniveau überwiegend schwächer / Gegen Schluß teilweise etwas erholt

Mannheim anhebt

Das Geschäft war heute an der Börse sehr geringfügig ...

Frankfurt anhebt

Die Börse des Vortages ...

Berlin matter

Während der Vormittagsstunden war in den ...

Kokswerke und Chemische Fabrik AG. Kapitalzuschuß genehmigt

Berlin, 27. Juli. (Vig. Dr.) In der heutigen ...

Frankfurter Börse

Die Frankfurter Börse ...

Festverzinsliche Werte

Die Frankfurter Börse ...

Bank Aktien

Die Frankfurter Börse ...

Transport-Aktien

Die Frankfurter Börse ...

Montan-Aktien

Die Frankfurter Börse ...

Bank-Aktion

Die Frankfurter Börse ...

Bank-Aktion

Die Frankfurter Börse ...

Bank-Aktion

Die Frankfurter Börse ...

Börsenindizes

Die vom Stat. Reichsanst. ...

Berliner Devisen

Statistik des Reichsbank ...

Table with columns: Währung, Kurs, etc. for various currencies.

Brigetfreide schwächer

Berliner Produktbörse ...

Abgesehen von einer ...

Weitere Kursrückgänge

Unter letzten ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

Frankfurt a. M., 27. Juli. (Vig. Dr.) Die heutige ...

